

S i t z u n g s v o r l a g e		Nr. 075/2015
Federführendes Amt: Hauptamt	Erforderliche Protokollauszüge - OB, BM, 10, 14, 20 -	
Vorgang:	AZ:	
Beratungsfolge	Behandlung	Termin
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	22.04.2015
Gemeinderat	Beschlussfassung	28.04.2015

Betreff:

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)
- Information über die möglichen Auswirkungen von Freihandelsabkommen
- Unterstützung des gemeinsamen Positionspapiers der kommunalen Spitzenverbände und VKU

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Winnenden unterstützt das gemeinsame Positionspapier von Deutschem Städtetag, Deutschen Landkreistag, Deutschem Städte- und Gemeindebund und dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen (Anlage zur Vorlage)

Begründung:

Die derzeit laufenden Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) und Verhandlungen mit weiteren Ländern verfolgen das Ziel, Handelshemmnisse abzubauen, die Investitionsbedingungen zu verbessern und damit auch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Haushaltsrechtliche Deckung / HHST	--
Haushaltsansatz	
Haushaltsrest	
Haushaltsmittel insgesamt:	
Verpfl.erm f. Ausgaben im folg. Jahr:	
Aufträge erteilt (einschl. vorst. Vorgabe):	
Noch freie Mittel/über- bzw. außerpl. Ausgabe:	

Amtsleiter:	Sichtvermerke (Kurzzeichen/Datum):				
_____	I	II	III		
Datum / Unterschrift					

Freihandelsabkommen können jedoch auch erhebliche Auswirkungen auf die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, für welche die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortlich sind, haben. Um mögliche negative Auswirkungen für die Kommunen und damit für die Bürgerinnen und Bürger auszuschließen fordern die kommunalen Spitzenverbände und der VKU in einem gemeinsamen Positionspapier von den Verhandlungspartnern bestimmte Punkte zu gewährleisten. Dies sind insbesondere

- Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung und Organisationsfreiheit, Ausnahme von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge von den Marktzugangsverpflichtungen im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen. Dies betrifft die typischen kommunalen Dienstleistungen, wie z.B. Trinkwasserver- und Entsorgung, ÖPNV, Sozialdienstleistungen, Krankenhäuser, Kultur
- Berücksichtigung des reformierten europäischen Vergaberechts, Erhaltung der bestehenden Erleichterungen für Inhouse-Vergaben, interkommunale Zusammenarbeit, Bereichsausnahmen für Rettungsdienste und Wasserwirtschaft
- Verzicht auf spezielle Investitionsschutzregelungen, Erhaltung der Zuständigkeit nationaler Gerichte
- Kein Abbau von in der EU oder national geltenden Schutzstandards mit dem vorrangigen Ziel des Abbaus von Handelshemmnissen
- Beteiligung der kommunalen Ebene und der öffentlichen Dienstleistungen nicht nur in dem beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gebildeten Beirat, sondern auch in den bei der EU-Kommission bestehenden Beratergruppen
- Gewährleistung, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und damit der öffentliche Dienstleistungssektor auch bei den weiteren Verhandlungen bzw. Übereinkommen zwischen den USA, der EU und weiteren Mitgliedern der Welthandelsorganisation nicht betroffen sind. Forderung, auch bei diesen Verhandlungen bzw. Abkommen o.g. Punkte zu berücksichtigen.

Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hat in seinem Gutachten vom 11. Februar 2015 eine Befassungs- und Beschlusskompetenz der Kommunalvertretungen zu internationalen Freihandelsabkommen verneint. Im Gegensatz dazu kommt der Städtetag Baden-Württemberg zu der Rechtsüberzeugung, dass den Kommunen zumindest die Möglichkeit offen steht, sich in den Gemeinderäten mit dem Freihandelsabkommen und seinen potentiellen Auswirkungen auf die Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Kultur auseinanderzusetzen. Eine Beschlusskompetenz der Kommunalvertretungen, das Abkommen abzulehnen, ist zumindest zweifelhaft.

Mit der Befassung des Gemeinderats der Stadt Winnenden soll der bereits im Vorfeld geführten Diskussion und den von den Fraktionen von ALI und SPD gestellten Anträgen Rechnung getragen und allgemein über die möglichen Auswirkungen von Freihandelsabkommen auf die Aufgaben der Kommunen informiert werden. Gleichzeitig soll von Seiten der Stadt Winnenden die Unterstützung der gemeinsamen Position von kommunalen Spitzenverbänden und VKA signalisiert werden.

Anlagen:

1